Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. **Mittwoch, den 2. Juni 1886.** **Nr. 253.**

Deutschland.

Berlin, 1. Juni. In der heutigen Sitzung der Branntweinsteuer-Kommission des Reichstags nahm zunächst Abg. Rickert das Wort. Ein Bedürfniß nach neuen Einnahmen sei für das Reich durchaus nicht nachgewiesen; der Vertheilung der Einnahmen aus der Branntweinsteuer an die Einzelstaaten stehen aber schwere Bedenken entgegen; die Vertheilung nach der Kopfzahl würde ganz ungleich sein, indem die süddeutschen Staaten dabei gegen die norddeutschen gar sehr bevorzugt würden. Noch ungerechter würde die Vertheilung an die Gemeinden sein. Gerade die armen Gemeinden würden schlecht wegkommen, die reicheren unverhältnißmäßig bevorzugt werden. Die deutschfreisinnige Partei hätte ihre früheren Standpunkt auch jetzt festgehalten. Eine Bewilligung neuer Steuern dürfe nur eintreten, wenn feste Verwendungszwecke gegeben wären. In dieser Beziehung könne er sich auch auf eine Rede des Abg. von Benda aus dem Jahre 1881 berufen, der es damals ebenfalls betont habe, daß neue Steuern nur bewilligt werden dürfen, wenn ältere drückendere Steuern aufgehoben würden. Die Ueberweisung der ganzen Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden sei äußerst bedenklich, weil dem Staate damit direkte Steuern entzogen würden, die er in der Zeit der Noth nicht entbehren könne. Abg. Frhr. v. Mirbach wünscht zu wissen, mit welcher Steuer Abg Rickert den Branntwein eigentlich belegen möchte. Bisher habe er in seinen Ausführungen dafür keinen Anhalt gegeben. Daß Süddeutschland bei der Branntweinsteuer besser fortkommen würde als Norddeutschland, sei richtig, das habe aber nichts zu sagen, wo es sich um eine Reichssteuer handele. Eine thunliche Erleichterung der Gemeinden von den Schullasten sei dringend wünschenswerth, und bei gutem Willen werde sich auch der richtige Vertheilungsmodus finden lassen. Abg. Dr. Buhl: Die neuen Bedürfnisse des Reiches beziffern sich auf 14 Millionen durch das Militär-Pensions-Gesetz und das zu erwartende Gesetz, betr. die Unterstützung der Relikten von Militärpersonen. Auch die Mehrbedürfnisse des Staats Preußen lägen zu Tage und bezifferten sich auf 19 Millionen. Die Einnahmen aus dem Mosler'schen Steuervorschlage von 25 Pfg. pro Liter reinen Alkohols reichen kaum aus, um diese Bedürfnisse zu decken. Uebrigens sei es unrichtig, daß durch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden eine Entlastung der ärmeren Klassen nicht eintreten werde. Denn Finanzminister v. Scholz habe ausdrücklich als Bedingung der Ueberweisung jener Steuern an die Gemeinden die hingestellt, daß die Gemeinden, sowie der Staat es gethan habe, auf die Besteuerung der untersten Klassen verzichten sollten, so daß diese auch von direkten Kommunalsteuern befreit würden. Redner wendet sich sodann zu den Fragen, welche von den Mitgliedern der deutschfreisinnigen Partei gestellt sind. Die erste Frage halte er nicht für opportun, weil man der Regierung nicht zumuthen könne, nach auswärts etwaige Pläne in Bezug auf die Erhöhung der militärischen Stellung zu verlautbaren. Abg. Dr. Buhl legt dann den Standpunkt dar, welchen die nationalliberale Partei zu dem konservativen Gegenentwurf einnehme. Was die Höhe der Steuer anlange, so wolle man die staffelförmige Gestaltung der Steuer aufgeben und einen einzigen Satz von 0,60 Mark pro Liter 100prozentigen Spiritus vorschlagen. Die nationalliberale Partei wünsche den landwirthschaftlichen Nothstand soweit als möglich zu berücksichtigen und auf den Brauereibetrieb soweit thunlich Rücksicht zu nehmen; insbesondere würde man dahin zu wirken suchen, daß die kleineren und mittleren Brennereien gegenüber den größeren Brennereien sich halten können.

— Wie bereits früher verlautete, geht, wenige Stimmen abgerechnet, die Stimme der im Zentralverbande deutscher Industrieller vertretenen Industrie dahin, daß die letztere keine Veranlassung habe, Anträge auf Abänderung der bestehenden Währungsverhältnisse zu stellen. Die Enquete, welche das Direktorium in Folge des Beschlusses der Kölner Delegirten-Versammlung veranstaltet hat, ist jetzt, nachdem auch die Nachfrist abgelaufen, abgeschlossen; das Resultat ist das angegebene geblieben; demzufolge hat das Direktorium beschlossen, eine Zusammenstellung der einzelnen Voten den Unterverbänden mitzutheilen und die in der Delegirten-Versammlung angeregte diesbezügliche Frage nunmehr für erledigt zu erklären.

— Zum Vorsitzenden der Immediat-Kommission für das Kolonisationsgesetz soll nunmehr der „K. Z." zufolge Regierungspräsident Studt in Königsberg in Aussicht genommen sein.

— Die heutigen „Daily News" schreiben, die Homerulebill werde, falls nicht ein plötzlicher und unerwarteter Wechsel eintrete, nicht zum zweiten Mal gelesen werden, nachdem gegen 45 Anhänger Chamberlain's beschlossen hätten, gegen die Bill zu stimmen; da auch keine Aussicht auf einen Wechsel der Ansichten bei den Anhängern Lord Hartington's vorhanden sei, dürfte die Bill schwerlich gerettet werden. Das Unterhaus werde wahrscheinlich gegen Gladstone entscheiden, und Gladstone dürfte an das Land appelliren.

Die immer noch etwas zweideutigen Erklärungen, welche Gladstone in der von ihm dieser Tage veranstalteten Versammlung von Liberalen und späterhin im Unterhause abgegeben, haben demnach ihren Zweck nicht erreicht.

— Die griechische Regierung hat gestern ein Rundschreiben an ihre Vertreter in London, Berlin, Wien, Petersburg und Rom abgehen lassen, in welchem die Demobilisirung der griechischen Truppen angezeigt und gegen die Fortdauer der Blokade protestirt wird, weil durch dieselbe die schleunige Abrüstung erschwert werde. Die Fortdauer der Blokade sei nicht vereinbar mit dem Ziele, welches die Mächte im Auge gehabt hätten. Mit letzterem Satze wird ohne Zweifel darauf hingewiesen, daß die Verlegung der Wasserwege auf die Zurückziehung der Truppen von der Grenze hemmend einwirken müsse.

— Die magyarischen Separatisten sind in ihrer Erbitterung über die militärische Gedächtnißfeier an Hentzi's Grab soweit gegangen, daß sie im Unterhause die Entfernung des Hentzi-Denkmals verlangten. Bei der Berathung der betreffenden Interpellation erinnerte gestern der Ministerpräsident Tisza an die bereits im Jahre 1882 von ihm ausgesprochene Ansicht, daß nach hergestelltem Frieden Vergessenheit ebenso wie die Bewahrung der Denkmäler eine Pflicht beider Theile sei, und daß es nur unzivilisirte Völker seien, welche die Denkmäler zerstörten. Die nämliche Ansicht habe er noch heute und er könne deshalb keinerlei Verfügung betreffs Entfernung des Hentzi-Denkmals in Aussicht stellen. Im Interesse des guten Einvernehmens zwischen der Armee und der Nation dürften die Wunden der Vergangenheit von keiner Seite aufgerissen werden. Auf eine Interpellation Apponyi's, was der Ministerpräsident zu thun gedenke, damit die staatsrechtliche Stellung der Armee als österreichisch-ungarischer Armee vor jeder Mißdeutung bewahrt werde, erklärte Tisza unter Berufung auf sein stetes Bestreben, daß das gute Verhältniß zwischen der Nation und der gemeinsamen Armee andauere und erstarke, daß die leitenden Kreise der Armee die Thatsache anerkennten, daß die Armee eine Armee der auf der Basis des Dualismus stehenden Monarchie sei. Man dürfe Aeußerungen von Männern, welche die wirkliche Leitung der Armee nicht in Händen halten, nicht als Aeußerungen der leitenden Armeekreise nehmen. — Beide Antworten Tisza's wurden mit überwiegender Majorität zur Kenntniß genommen. Ob aber die ganze Angelegenheit damit begraben ist, bleibt noch fraglich, um so mehr, da das ganze Verhältniß zur anderen Reichshälfte augenblicklich ein gespanntes ist.

— Die Ausführung der Spreeregulirung innerhalb der Stadt Berlin, bezw. die Schiffbarmachung der Spree, ist der Gegenstand einer Vorlage des hiesigen Magistrats, welche auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung steht. Die letztere hatte sich im März d. J. damit einverstanden erklärt, durch eine gemischte Deputation die Frage, ob und in wie weit die Stadtgemeinde Berlin zu dem vom Staate aufgestellten Projekte der Spreeregulirung und Senkung des Hochwasserspiegels der Spree eine Beihülfe gewähren solle, vorberathen zu lassen. Nach einem schon vor mehreren Jahren ausgearbeiteten Projekte des Geh. Ober-Bauraths Wiebe soll eine bestimmte Normalbreite durch Umoder Neubau der Ufereinfassungen und die Tieferlegung der Spreesohle vor den Dammmühlen abwärts in der Unterspree durchgeführt und an Stelle des jetzigen Staues an den Dammmühlen, durch welchen ein durchgehender Verkehr auf der Spree unmöglich gemacht wird, eine Schleuse mit Nadelwehr errichtet werden Eine zweite großartige Schleusen- und Wehranlage, sowie die damit in Verbindung stehende Regulirung der Unterspree außerhalb des städtischen Weichbildes sind schon in Ausführung begriffen. Nach Vollendung der gesammten Regulirung würden Kähne von 65 Meter Länge, 8 Meter Breite und 1,25 Meter Tiefgang die Spree in Berlin passiren können. Es würde damit der gesammte Verkehr mit der Elbe und der Oder eine ganz außerordentliche Erleichterung und die übrigen hiesigen Wasserstraßen, namentlich der Landwehrkanal, die durchaus nothwendige Entlastung erfahren; nachdem es außer Zweifel steht, daß der dem Landtage vorliegende Plan einer Verbesserung des Schiffsweges zwischen Spree und Oder zur Ausführung gelangen wird, ist die Regulirung der Spree innerhalb der Stadt schon deshalb unaufschiebbar geworden, weil die vorhandenen Wasserstraßen innerhalb Berlins den zu erwartenden Mehrverkehr nicht mehr aufnehmen konnten. Man muß immer mit der Thatsache rechnen, daß die Spree im Jahre 1884 schon 3,740,000 Tonnen oder fast 75 Millionen Zentner Güter trug, daß allein 37,837 Schiffe mit 3,075,000 Tonnen und außerdem noch 392 Flöße hier ankamen und daß im vorigen Jahre bereits eine erhebliche Steigerung eingetreten ist. Die Staatsregierung verlangt eine namhafte Betheiligung an den Kosten der Regulirung durch die Stadt, und der Magistrat empfiehlt diese in Uebereinstimmung mit der gemischten Deputation jetzt dahin, daß die Stadt alle auf die Verbesserungen des Landverkehrs, Umbau der Brücken und dergleichen bezüglichen Arbeiten, die auf 4,600,000 Mark geschätzt sind, übernimmt und zu den auf 6,700,000 Mark veranschlagten Kosten für eine Regulirung selbst nochmals die Hälfte, also 3,200,000 Mark, beiträgt. Da die Stadt außerdem bereits in Dammmühlen für 2 Millionen Mark angekauft hat, so ergiebt sich, daß sie ganz bedeutende Lasten sich aufzubürden im Begriffe steht. Wahrscheinlich ist aber die Schätzung der Arbeiten zur Verbesserung des Landverkehrs noch zu niedrig gegriffen. Die aus 7 Magistratsmitgliedern und 13 Stadtverordneten bestehende gemischte Deputation hat einstimmig die Beschlüsse gefaßt, auf Grund deren die Vorlage ausgearbeitet worden ist; die letztere wird daher auch zweifellos von der Stadtverordnetenversammlung angenommen werden. Die einzigen Bedingungen, welche die Stadt nach dem Vorschlage des Magistrats an die Bewilligung der obigen Summe knüpfen soll, sind die, daß der Stadt sofort nach Abschluß des Uebereinkommens mit dem Staate, also schon vor der Senkung des Wasserspiegels der Spree, die Errichtung fester Brücken nach der Höhenlage des Wiebe'schen Projektes gestattet und die Ausführung aller durch die Spreeregulirung bedingten, dem Landverkehr dienenden Bauten, namentlich aller Brücken, der baulichen Leitung der Stadt unterstellt werde. Diese Bedingungen sowohl, wie auch gewisse von den Vertretern des Magistrats vorgeschlagene Aenderungen des Projektes bezüglich der Schleusenanlage bei den Dammmühlen haben in den kommissarischen Berathungen zwischen Vertretern des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und der Stadtbehörden keinen Anstand gefunden, so daß man sich der Hoffnung hingeben darf, daß durch das Entgegenkommen der Stadt die letzten Hindernisse, die dem Projekt entgegen gestanden, aus dem Wege geräumt werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß die staatlichen Behörden nunmehr auch in der Frage des Rechtes zum Aus- und Einladen und der Errichtung von Ladestellen u. s. w. am Landwehrkanal der Stadt ein größeres Entgegenkommen zeigten, als es bisher geschehen ist. Der Magistrat empfiehlt in seiner jetzigen Vorlage, von der Frage, wer der Verpflichtete sei, Abstand zu nehmen; bei der Regulirung des Landwehrkanals hatte er sich allerdings in Uebereinstimmung mit Aeußerungen des Ministers im Abgeordnetenhause, darauf gestützt, daß die Stadt nicht verpflichtet sei, zu den Kosten des Umbaues beizutragen. Die Folgen liegen heute vor in der direkten Schädigung einer großen Anzahl hiesiger Bürger, denen nicht mehr gestattet ist, vor ihren Grundstücken entladen zu lassen, und einer noch viel größeren Anzahl von Schiffern, die mit dem Löschen auf die durchaus unzureichende Hafenanlage angewiesen sind und dadurch große Einbußen erleiden.

— Die bereits erwähnte, für diesen Sommer beabsichtigte Agitationsreise des Herrn Liebknecht nach den Vereinigten Staaten wurde von verschiedenen Seiten als ein Privatunternehmen hingestellt. Wie die „Danz. Ztg." indeß meldet, sei dies unrichtig; Herr Liebknecht trete eine schon vor 12 Jahren in Anregung gebrachte Agitationsreise im Parteiinteresse an.

— Die Machtverhältnisse Rußlands und der Balkanstaaten bei Abschluß der gegenwärtigen Verwickelung. Die Wirren auf der Balkanhalbinsel können, nachdem sich auch Griechenland zu einer Abrüstung verstanden hat, nun wohl als zu einem vorläufigen Abschluß gelangt angesehen werden. Die politische Lage erscheint damit jedoch so wesentlich verändert, daß es sich jedenfalls lohnt, einen Blick auf die Machtverhältnisse der Balkanstaaten und der an der Gestaltung resp. Lösung der orientalischen Frage zunächst betheiligten Mächte, Rußland, die Türkei und Rumänien, zu werfen. Als eine völlig unvorhergesehene Wendung hat sich während dieser Wirren die sehr bedeutende militärische Kraftentfaltung und das Bestreben der beiden jüngeren Balkanstaaten, Bulgarien und Serbien, nach der Loslösung von jeder fremden, namentlich aber von einer russischen Beeinflussung herausgestellt. Auch in dem jetzt, wenn vorerst auch nur zeitweilig und unter beschränkenden Bedingungen dem erstgenannten Staate zugewachsenen Ost-Rumelien ist dieselbe Erscheinung hervorgetreten. Die stolze, selbstbewußte Haltung des längst zu einem ebenso kraftvollen wie leistungsfähigen Staatswesen erstarkten Rumänien tritt dem noch hinzu. Eben noch erst wird berichtet, daß Rußland zur Zeit mit der Regierung dieses Staates über die Bedingungen eines etwaigen Durchmarsches seiner Truppen zur Behauptung seines Einflusses auf jene anderen beiden Staaten und namentlich auf Bulgarien unterhandelt. Rußland kann sich darin jedoch nicht täuschen, daß ihm, auch wenn ihm Rumänien einen solchen Durchmarsch gestatten sollte, gegenüber den Selbstständigkeits-Bestrebungen dieser beiden christlichen Balkanstaaten eine Bewältigung der Türkei auf dem alten, ehedem von ihm so oft beschrittenen Wege über die Donau und den Balkan die ernstlichsten Schwierigkeiten bereiten, und eine Besitzergreifung der gesammten Balkanhalbinsel sich auch bei der großartigsten Kraftanstrengung aller menschlichen Voraussicht nach überhaupt unmöglich erweisen würde. Noch bleibt ihm jedoch sein Augenmerk auf eine spätere Besitzergreifung Konstantinopels zu richten, doch würde von ihm diese nur noch auf dem Seewege oder resp. durch den Landangriff von Kleinasien aus bewirkt werden können. Wie ernst es Rußland darum zu thun ist, sich hierzu für die Zukunft in eine ausreichende Machtstellung zu versetzen, erhellt daraus, daß von den 27 in diesem Jahre gleichzeitig im Bau begriffenen neuen russischen Kriegsschiffen und Kriegsfahrzeugen nicht weniger als 13 zur Verstärkung der schwarzen Meer-Flotte bestimmt sind. Gegenüber diesen russischen Anstrengungen war von der Türkei schon vor Ausbruch der letzten Wirren eine riesige Geschützbestellung bei dem Krupp'schen Etablissement aufgegeben worden, welche zu der Geschützarmirung einer großartigen Land- und Seebefestigung Konstantinopels, wie zu dem der Schutzwerke der Dardanellen und überhaupt der Wasserstraße aus dem mittelländischen in das schwarze Meer benutzt werden sollte, und wurden vor länger als Jahresfrist bereits die Pläne zu all diesen Befestigungs-Anlagen als abgeschlossen und fertig gestellt bezeichnet. Ob die Finanzkräfte der Türkei nach den gewaltigen Ausgaben, welche ihr durch die letzte Balkan-Verwickelung und namentlich durch die griechische Bedrohung erwachsen sind, noch zur Aufnahme und schleunigen Förderung eines so großen Werkes ausreichen werden, kann freilich erst die Zukunft lehren. Dagegen bleibt die Verwirklichung der von der rumänischen Regierung bereits in Ausführung genommenen Umwandlung von Bukarest zu einem der stärksten

Waffenplätze der Welt jedenfalls mit Bestimmtheit zu erwarten. Für die Fertigstellung dieses Festungsbaues, der in seinen 18 Außenforts nicht weniger als 40 Panzerthürme enthalten soll, sind von der rumänischen Regierung 12 Jahre in Aussicht genommen, und von da würde es, gestützt auf diesen Waffenplatz und eine wohlgeschulte, trefflich bewanderte und festorganisirte Heeresmacht von mehr als 240,000 Mann nur bei Rumänien stehen, sich zur bestimmenden Macht für die Donaulinie aufzuschwingen. Bulgarien im Verein mit Rumelien hatten bei ihrem Kampfe gegen Serbien zuletzt gegen 60,000 Mann aufgestellt, die bei einer genügenden Vorbereitung leicht verdoppelt werden könnten. Serbien verfügt über eine Streitmacht von 120,000 Mann, die, fast ausschließlich nur unvollkommen ausgebildete Miliztruppen, sich allerdings 1876 bei der Auflehnung dieses Staates gegen die Türkei, wie im vorigen Jahre in dem Kriege gegen Bulgarien nur sehr unzureichend bewährt haben. Die Reorganisation ihrer Armee hatte es der Türkei im vorigen Jahre ermöglicht, ihre Heeresstärke binnen kaum zwei Monaten von höchstens 200,000 Mann auf dem Friedensfuße bis gegen 400,000 Mann zu erhöhen. Einmal aber durch die vorgelegenen christlichen Balkanstaaten und durch Rumänien vor einem russischen Angriff auf dem europäischen Kriegsschauplatz gesichert, würde dieser Staat bei einem künftigen abermaligen russisch-türkischen Kriege seine gesammte Heeresstärke um Konstantinopel und in Kleinasien vereinigen können und sich dadurch bei dem Hinzutreten einer ausreichenden Befestigung der türkischen Hauptstadt die Aussicht auf einen Erfolg für Rußland auch dort nahezu geschwunden erweisen. Zweifelhaft erscheint uns, ob Rußland Rumänien wie der Türkei die erforderliche Zeit zur Verwirklichung der von beiden Staaten geplanten Sicherungs-Maßregln gewähren wird. Die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, daß gerade die Besorgniß vor einer Steigerung der Angriffs- oder Vertheidigungs-Fähigkeit benachbarter Staaten durch derartige Befestigungs-Anlagen oder sonstige militärische Maßnahmen schon den Anlaß zu vielen Kriegen geboten hat. Ein nochmaliges Aufgreifen eines Versuches zur Erreichung des Zieles seiner traditionellen Orient-Politik müßte jedoch Rußland bei der gegenwärtigen Gestaltung der Lage auf der Balkanhalbinsel in die Unmöglichkeit versetzen, für eine kaum bestimmbare Zeit hinaus mit irgend ausreichenden Kräften auch noch nach Westen in eine Aktion einzutreten.

(Magd. Ztg.)

Potsdam, 1. Juni. Der Kaiser, welcher in Begleitung der Frau Großherzogin von Baden heute Vormittag 11 Uhr auf der Wildparkstation eingetroffen war, besichtigte im Beisein des Kronprinzen, sowie des russischen Botschafters Grafen Schuwaloff, der Militärattachés und der Generalität das Lehr Infanterie-Bataillon und begab sich nach Beendigung der Besichtigung, gegen 12 Uhr, nach Babelsberg.

Ausland.

Wien, 31. Mai. Die Pester Studentenkundgebungen und was sonst damit zusammenhängt, scheinen sich einstweilen noch für einige Zeit auf der politischen Tagesordnung erhalten zu wollen. Die am Freitag vom Grafen Belcredi im österreichischen Herrenhause herbeigeführte Demonstration gegen die magyarischen Heißsporne hat jenseits der Leitha einen förmlichen Paroxismus der Leidenschaft hervorgerufen, der alle Rücksichten der guten Sitte bei Seite setzt. Graf Belcredi wird mit Schmähungen überschüttet und an eigene Sünden erinnert, dem österreichischen Herrenhause aber, das sich zum Genossen seiner Kundgebung machte, eine strenge Warnung vor der Tragweite derselben ertheilt. Dummheit, Impertinenz, reaktionäre Bande, schlechter Politiker, Unklugheit, Taktlosigkeit, Täppischkeit, Insolenz — das sind die Ausdrücke, mit denen der „Pester Ll." gegen den Grafen und seine Genossen ein wahres Pelotonfeuer eröffnet hat. Graf Belcredi muß sich in sehr unbequemer Weise daran gemahnen lassen, daß er zur Aufhebung der Verfassung, also zu einem Verfassungsbruche, sich hergegeben habe und deshalb alle Ursache hätte, sich ruhig zu verhalten. Die Herrenhausmehrheit dagegen wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein verheerendes Unwetter in dem Kampfe Aller gegen Alle, der in Oesterreich wüthe, ausbrechen könnte.

„In Ungarn", so heißt es am Schlusse dieser wüthenden Standrede, „sind die Verhältnisse ungleich besser und mit Beruhigung weilt der Blick des Politikers auf diesem so wichtigen Theile der Monarchie. Wer einen solchen Moment für geeignet findet, auch diese Nation zu reizen und zu verletzen, der erschüttert mit frevlerischer Hand die heute noch einzig feste Grundlage der Monarchie und beschwört einen Kampf herauf, welcher diese ganze Nation geeinigt finden würde und in welchem es, wenn er — was der gütige Himmel verhüten möge — wirklich losbröche, keinen Sieger geben kann, sondern nur einen Geschlagenen — die Monarchie!"

Alle andern ungarischen Blätter äußern sich in ähnlich erbitterter Weise. Von einigen Seiten wird sogar die Absicht verrathen, den Ministerpräsidenten Herrn von Tisza darüber zu interpelliren, ob er die Zustimmung des Kaisers für sich hatte, als er die bekannten Worte sprach. Indessen dürfte dies wohl nur die Frucht einer aufgeregten Augenblickslaune sein. Auch in den militärischen Kreisen Pest's, die natürlich für ihren General eintreten soll eine heftige Gährung gegen Tisza bestehen — kurz es „siedet und zischt, wie wenn Wasser mit Feuer sich mengt", und was sich im Laufe der Zeit aus der Pester Friedhofsangelegenheit entwickeln könnte, vermag man heute noch gar nicht abzusehen. Das Militär-Organ „Katonai Lapor" bringt interessante Angaben über den General Janski. Er war eines der tüchtigsten Mitglieder des Generalstabs und gilt als einer der wissenschaftlich gebildetsten, energischsten Generale, ist zwar wegen seiner Strenge als Kommandant nicht beliebt, aber eine allgemein anerkannte Autorität. In sechsundzwanzig Schlachten und Gefechten auf italienischen und böhmischen Schlachtfeldern kämpfend, wurde er zweimal schwer verwundet und mehrfach ausgezeichnet. Das größte Verdienst erwarb er sich als Hauptmann des Generalstabs in einer geheimen Mission in Rußland. Zwei Jahre lebte er dort als — Waldheger in militärisch sehr wichtigen Gegeuden. Er legte seine Wahrnehmungen in Schriften und Karten nieder, welche zu den werthvollsten der Generalstabs-Kanzlei gehören. Janski steht in besonderer Gunst beim Monarchen. Janski, eine hohe, martialische Gestalt, ist heute 63 Jahre alt und dient 42 Jahre im Heere.

Paris, 31. Mai. Bei der Jahresversammlung der Vereinigung der Spielwaarenfabrikanten, die durch ein Festmahl gefeiert wurde, ist es diesmal nicht so glatt gegangen wie gewöhnlich bei solchen offiziellen Festlichkeiten. Meist spricht dabei ein Minister den Vertretern der betreffenden Industrie die Sympathie der Regierung aus und giebt die Zusage, daß die Regierung sich auch fernerhin „dieses so interessanten Gewerbszweiges" annehmen werde; dann danken die also Gelobten in einer oder mehreren Reden und bringen „mit Begeisterung" ein Hoch auf den Minister aus. Zuerst ging diesmal auch alles recht gut und der den verhinderten Handelsminister Lockroy vertretende Deputirte Rouvier konnte ganz zufrieden sein; dann aber durchbrach der Präsident der Syndikatskammer der Kommissionshäuser die alte bequeme Ueberlieferung und hielt folgende Rede: „Leider," sagte er, „werden unsere Bemühungen zur Entwickelung des französischen Handels nur zu oft durch die schlechte Politik unserer Regierung zu nichte gemacht. Statt sich mit dem Studium volkswirthschaftlicher und geschäftlicher Fragen zu beschäftigen, widmet sie ihre Zeit ärgerlichen Erörterungen, die jeden Augenblick den Handel und die Industrie des Landes stören. Was hat sie bisher für den Handel gethan, der einen so großen Platz in der Vorsorge der Kammer einnehmen sollte? Wo ist das Bankerottgesetz, wo das Gesetz über den Schutz der Fabrikmarken? Man zieht es vor, sich Erörterungen hinzugeben, die keinen anderen Vortheil haben, als daß der erste beste ohne jegliche technische Vorkenntnisse über sie sprechen kann. Man muß nur sehen, aus welchen Elementen die Kammer und auch der Senat zusammengesetzt ist! Ja, meine Herren, man braucht nur über die Grenze zu gehen, um zu hören, was man von denen hält, die uns regieren; wahrhaftig, diejenigen unserer Landsleute, die im Auslande wohnen, haben wenig Ursache, stolz zu sein, weder auf die Regierung, noch auf das Land, noch auf sein Parlament!" Die Versammlung war ob dieses Ausfalls höchlichst erstaunt und mißbilligte die scharfe Sprache Lourdelets. Dafür ist er aber auch, wie ich erfahre, am Tage darauf von zahllosen Fabrikanten und Kaufleuten für seine offene Sprache aufs wärmste beglückwünscht worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 2. Juni. Eine auf Grund eines internationalen Vertrages im Auslande errichtete deutsche Zollabfertigungsstelle gilt, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenats, vom 19. März d. J., als inländische Vereinszollgrenze im Sinne des § 16 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869. Die Anmeldung der Waaren zur zollamtlichen Behandlung sowie die Zahlung des Zolles muß bei solchem deutschen Zollamt im Auslande erfolgen. Wird demselben eine unrichtige Zolldeklaration vorgelegt, so ist der Zoll im Sinne des § 135 des Vereinszollgesetzes vorenthalten, oder doch das Unternehmen, den Zoll vorzuenthalten, vollendet, also die Defraudations- oder Ordnungsstrafe des deutschen Gesetzes verwirkt, gleichviel, ob die Waaren später die deutsche Zolllinie berühren oder nicht.

— In diesem Jahre haben sich auf dem alten Kirchhof in der Grabowerstraße eine sehr große Anzahl gefiederter Sänger eingefunden, von der frühesten Morgenstunde bis spät in die Nacht hinein ertönen die Lieder der Nachtigallen, Drosseln, Finken u. s. w. Leider treiben jedoch auch Vogelfänger in ganz verwegener Weise daselbst ihr Spiel und wenn auch der ornithologische Verein auf die Anzeige solcher Patrone eine Belohnung ausgesetzt hat, so wird dieselbe im vorliegenden Falle schwer zu erhalten sein, denn die Vogelfänger sind dort — die Katzen aus den gegenüberliegenden Häusern, welche zwischen den Gräbern lang schleichen und auf ihre Beute lauern. Gestern Nachmittag trieben sich wieder vier Stück dieser vierfüßigen Räuber dort herum und es wäre zu wünschen, daß gegen dieselben zum Schutze der Singvögel Maßregeln getroffen würden.

— Der in vergangener Saison am hiesigen Stadttheater engagirt gewesene Tenorist Herr Hermann Barosch scheint in Göttingen, woselbst er z. Z. engagirt ist, Erfolg zu haben, denn eine uns vorliegende Kritik der „Göttinger Ztg." sagt über den Sänger: „In Herrn Barosch (Manrico) lernten wir einen stimmlich sehr begabten echt lyrischen Tenor und routinirten Bühnensänger kennen. Vortrefflich sang er das berühmte Allegro martellatto „Loderen zum Himmel" und schmetterte schließlich das hohe C mit einer Verve heraus, die ihm so anhaltenden Beifall brachte, daß er die Nummer wiederholen mußte."

— In dem gestern abgehaltenen öffentlichen Verkaufstermin über die dem Reichsfiskus gehörige, an der Ecke der Königsthorpassage und der Augustastraße (gegenüber dem Vereinshaus) belegene, zusammen 1189 Qm. große Parzelle blieb Herr Kaufmann C. A. Domke mit 53,60 Mark pro Qm. Meistbietender.

— Bisher sind dem Komitee für Ferienkolonien 17 Freiquartiere zur Verfügung gestellt worden, und zwar von Frau v. Flemming auf Benz für 12 Mädchen und die sie begleitende Lehrerin, von Frau Gräfin Krassow auf Diwitz für 2 Kinder, von Herrn Maurermeister Hanke in Zemlin bei Gülzow ebenfalls für 2 Kinder und von Herrn Gutsbesitzer Scherping auf Krakow für 1 Knaben. Da in diesem Jahre die verschiedensten Kinderkrankheiten besonders stark gewüthet haben und daher ausnehmend viele und schwache Rekonvaleszenten vorhanden sind, so ist dringend zu wünschen, daß das Komitee nicht nur von den alten Freunden der guten Sache hinreichend unterstützt werde, sondern daß sich noch recht viele neue Gönner hier und in der Provinz finden.

— Dem ordentlichen Lehrer Hermann Lange am Real-Progymnasium zu Wolgast ist der Titel Oberlehrer beigelegt worden.

— Ist bei wechselseitigen Beleidigungen oder Körperverletzungen vom Staatsanwalt nur gegen einen der Thäter und nicht gegen den Anderen Anklage erhoben, so kann nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Strafsenats, vom 19. März d. J., das Gericht von der ihm im § 500 der Strafprozeßordnung gegebenen Ermächtigung, einen oder beide Theile in die Kosten zu verurtheilen, obgleich einer derselben oder beide für straffrei erklärt werden, dem nichtangeklagten Thäter gegenüber keinen Gebrauch machen.

— Landgericht. — Strafkammer 1. — Sitzung vom 1. Juni. — Der bereits 13 Mal vorbestrafte 57 Jahre alte Buchbinder Karl Lillge wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Majestätsbeleidigung und Schamverletzung in 5 Fällen zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevuetheater: Nachmittags-Vorstellung. Zu bedeutend ermäßigten Preisen. Parquet 60 Pf. Achtes Gesammt-Gastspiel des Schauspiel-Ensembles der „Liliputaner" (Die neun Zwerge), unter Mitwirkung des gesammten Personals des Königstädtischen Theaters in Berlin (30 Personen). „Klein Däumling." Großes Zaubermärchen in 6 Bildern. Abend-Vorstellung: Neuntes Gesammt-Gastspiel der „Liliputaner". „Die kleine Baronin." Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten. — Elysiumtheater: „Das lachende Berlin." Heiteres aus der Berliner Theater-Geschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 3 Akten (8 Bildern).

Vermischte Nachrichten.

— Die „N.-Z." schreibt: Man muß es den Leuten leicht machen, ehrlich zu sein. Am Sonnabend gegen 10 Uhr Abends — halb Berlin stürmte eben nach dem Kottbuser Damm, dem Flammenmeer entgegen — fand ich — so schreibt man uns — in der Belle-Alliancestraße ein Bund Schlüssel: Hausschlüssel, Korridorschlüssel, Stubenschlüssel, Pultschlüssel. Das war der Größe der Schlüssel nach deutlich zu erkennen. Auf der Belle-Alliancebrücke bot ich den Fund dem dort postirten Schutzmann an. Er verweigerte die Annahme, indem er mir sagte: „Wir nehmen niemals Fundsachen an, Sie müssen die Schlüssel nach dem Polizeibureau bringen. Dazu aber hatte ich an dem Abend nicht mehr Zeit, dringende Pflichten riefen mich wo anders hin und so behielt ich sie über Nacht bei mir. Am andern Tage schickte ich mein Dienstmädchen zum nächstgelegenen Polizeibureau. Dort verweigerte man zunächst ebenfalls die Annahme. Die Fundstelle sei in einem anderen Revier, dorthin sollte ich sie bringen. Und zwar solle ich sie dorthin persönlich bringen und etwas unterschreiben. Schließlich gelang es meinem vorher schon in Voraussicht etwaiger Schwierigkeiten gehörig instruirten Dienstboten, die Schlüssel los zu werden. Die Beamten haben unzweifelhaft korrekt gehandelt. Die Vorschriften über die Behandlung von Fundsachen berechtigen sie zu ihrem Auftreten. Dann aber sind die Vorschriften unpraktisch und die Hauptsache ist, nicht darauf berechnet, das Ehrlichbleiben leicht zu machen. Wenn ein in Noth befindlicher Mensch nicht die Schlüssel, sondern eine Summe Geldes findet und in dem Bewußtsein seiner Pflicht, jede unehrliche Regung niederkämpfend, die Absicht hat, den Fund abzuliefern, so soll man ihn nicht der Versuchung aussetzen, sich daran zu bereichern. Wer weiß, wie viele Anklagen wegen Fundunterschlagung darauf zurückzuführen sind, daß das Abliefern des Fundes nicht leicht genug gemacht wird.

— Trotz der Pasteur'schen „Heilmethode" ist die Furcht vor tollgewordenen Hunden noch immer eine große. So pflegen die Einwohner des freundlichen und gewerbreichen Städtchens K. in jedem unglücklichen Köter, den die Natur mit einem etwas cholerischen Aeußern bedacht hat, einen „Tollwüthigen" zu wittern, seit der Oberförster St. in den heißen Tagen des Mai einmal eine derartig verdächtige Kreatur niedergeschossen hat. Vergangenen Mittwoch nun hatte sich in der belebtesten Straße von K. eine zahlreiche, aus Männern, Weibern und Kindern bestehende Menge angesammelt, die mit sichtbarem Entsetzen auf ein gegenüberliegendes Haus schaute, auf dessen hohen Stufen ein Hund mit eingezogenem Schwanze und furchtbarem Geheul wie toll auf die Hausthür zusprang. Die Menge erhob ein ohrenbetäubendes Geschrei, daß die Bewohner der Nachbarschaft an die Fenster eilten und mit schreckerstarrten Gesichtern auf den armen Mops blickten. In dem zunächst bedrohten Hause wurden rasch sämmtliche Thüren verrammelt, denn Niemand getraute sich der Hausthür nahe zu kommen. Der Ruf nach Polizei verhallte natürlich vergeblich, es kamen aber andere beherzte Männer herbei und einer derselben fragte die Umstehenden, was denn los sei? „Sehen Sie denn nicht? Ein wüthender Hund steht dort drüben vor der Hausthür!" war die Antwort. „Unsinn!" rief ein Anderer, worauf der Frühere mit größter Seelenruhe lächelnd versetzte: „Natürlich ist er wüthend! Wenn man Euch so lange vor der Hausthür schreien ließe und nicht öffnete, so würdet Ihr ganz gewiß auch wüthend werden!" Sprach's und eilte hinüber, um dem freundlich wedelnden Köter die Hausthür zu öffnen.

— Einen hübschen kleinen Scherz erzählen Wiener Blätter von dem gegenwärtig in Paris weilenden Großfürsten Wladimir. Mlle. D., eine ehemalige Tänzerin, die sich in ihrer Blüthezeit der Gunst des Großfürsten hatte rühmen können, schrieb demselben ein duftendes Briefchen, in welchem sie ihm mittheilt, daß sie sich „momentan" in einer etwas bedrängten Lage befinde, und um die freundliche Zusendung einer größeren Geldsumme bittet. Nach einigen Tagen erhielt sie folgenden Brief vom Sekretär des Großfürsten: „Se. kaiserliche Hoheit Großfürst Wladimir von Rußland theilt Ihnen mit, daß er seit einigen Jahren sämmtliche Wohlthätigkeitsakte, die von seinem Hause ausgehen, seiner Gemahlin überlassen hat. Die hohe Frau prüfte auch Ihr Gesuch und hat nicht befunden, demselben stattzugeben, da Ihrerseits kein Anspruch auf eine Unterstützung vorliegt." — Mlle. D. soll etwas verblüfft ob dieser Antwort gewesen sein.

— (Die gute Uhr.) Herr: „Aber sagt doch, guter Mann, Eure Uhr die geht ja nicht, nehmt doch das unnütze Möbel herunter!" — Bauer: „Schimpfe Sie net auf das Uehrle, Herr, das Uehrle is gut; jetz' geiht's freili net, aber wenn's amol geiht, dann geiht's an a Stucker dreimal so g'schwind, als älle andern."

— (Linguistisches.) „Finden Sie nicht, daß das Schwedische mit der deutschen Sprache sehr verwandt ist?" — „Jawohl, besonders charakteristisch ist es, daß „verlobt" auf schwedisch „gift" heißt."

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Kiel, 1. Juni. Das Kadettenschulschiff „Niobe" ist heute Vormittag nach Arendal in Norwegen in See gegangen.

Kassel, 1. Juni. Der neugewählte Kommunal Landtag hat den bisherigen Präsidenten, Obervorsteher v. Schutzbar, genannt Milchling, wiedergewählt und den Oberbürgermeister Weise zum Vizepräsidenten neugewählt.

München, 1. Juni. Die Kaiserin von Oesterreich traf heute früh hier ein und reiste sofort nach Feldafing weiter.

Wien, 1. Juni. Die Zeitungen melden übereinstimmend, daß der Finanzminister Dunajewski in dem Zollausschusse die Erklärung abgegeben habe, die Regierung werde, falls der von ihr beantragte Petroleumzoll abgelehnt werde, die verfassungsmäßigen Konsequenzen ziehen und bei dem Kaiser Anträge stellen, welche geeignet wären, die mit Ungarn in dieser Beziehung getroffenen Abmachungen zur Annahme zu bringen. Der Ausschuß faßte noch keinen Beschluß.

London, 31. Mai. Unterhaus. Der Schatzkanzler Harcourt kündigt an, daß er morgen eine Vorlage betreffend die Weinzölle einbringen werde.

London, 1. Juni. (Unterhaus.) Die Berathung der irischen Verwaltungsbill wurde nach mehr als sechsstündiger Debatte auf heute Nachmittag vertagt.

Petersburg, 1. Juni. Herr v. Giers hat seine Reise nach dem Ausland verschoben.

Rom, 31. Mai. Von gestern Mittag bis heute Mittag erkrankten in Venedig 30 Personen an der Cholera, es starben 19 Personen, darunter 8 früher Erkrankte. In Bari kam ein Todesfall vor.

Catania, 31. Mai. Da die Lava nur noch 450 Meter von Nicolosi entfernt ist, so haben die Einwohner die Stadt verlassen, die Zugänge zur Stadt sind durch Militär abgesperrt. Obwohl die Bewohner die Stadt in großer Erregung verließen, ist doch kein Unfall vorgekommen.

Madrid, 31. Mai. Der hiesige Präfekt Xiquena ist durch die Selbstentladung eines Pistols, das ihm beim Ausziehen des Ueberziehers entfiel, schwer im Unterleibe verwundet worden.

Konstantinopel, 1. Juni. Ein Zirkular der Pforte vom 30. Mai macht geltend, daß Griechenland nur unregelmäßig abrüste und namentlich noch das türkische Fort Zygos bei Mezzovo besetzt halte und befestige, und daß, obgleich die Truppen sich auf eine kurze Distanz zurückgezogen hätten, doch die Munitions- und Truppensendungen fortdauerten. Am Schlusse des Rundschreibens heißt es, die Pforte würde bedauern, Maßregeln treffen zu müssen, um sich wieder in den Besitz des Forts Zygos zu setzen.